

**Niederschrift  
zur öffentlichen Gemeinderatssitzung am 24.05.2011**

<b>Sitzung Nr. 5 Ö</b>	<b>am Dienstag, 24. Mai 2011</b>
------------------------	----------------------------------

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Ratssaal, Rathaus

Anwesend waren:

Vorsitzender: Bürgermeister Alexander Eger

Gemeinderäte: Geider Adolf Köck Siegfried

Götzmann Walter Pfeleiderer Susanne

Haffner Gerhard Rehorst Tobias

Dr. Hanke Paul Rössler Beate

Hecker Roland Runde Anneliese

Heger Roman Schell Achim

Heger Rudi

Heim Andrea Speckert Ferdinand

Herling Michael

Ittensohn Karl Vetter Theo

Klemenz Birgit Weinlein Albert

Protokollführer: Helmut Braun

Gäste: Peter Dietz, Werner Kleiber, Anette Reich (19.15 – 21.15 Uhr) Harry Zorn

Peter Keller, Amt für Nahverkehr u. Wirtschaftsförderung, Rhein-Neckar-Kreis; Frank Zwicker und Herr Günnes, S-Bahn Rhein-Neckar, Bauherren-Vertreter

Sitzungsbeginn: 19.05 Uhr

Sitzungsende: 22.10 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 17.05.2011 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 20 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Benjamin Speckert (beruflicher Termin)

Gemeinderat Reino Stegmüller (Urlaub)

Es fehlen unentschuldigt: keine

Es ergeht nachträglicher Glückwunsch zu den Geburtstagen von Gemeinderätin Birgit Klemenz und den Gemeinderäten Roland Hecker und Theo Vetter.

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 1</b>
---	------------------------------

**Bekanntgabe der am 19. April 2011 und 10. Mai 2011 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse.**

**Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 19. April 2011**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Eger** gibt folgenden Punkt aus der nichtöffentlichen Sitzung am 19.04.2011 bekannt:

- Angebot zum Rückerwerb Flst.Nr. 6577/1

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 2</b>
---	------------------------------

**Bestellung von Urkundspersonen**

**Ausführungen und Beschluss:**

Turnusgemäß werden die Herren Gemeinderäte Achim Schell und für den nichtanwesenden Gemeinderat Benjamin Speckert Gemeinderat Ferdinand Speckert als Urkundspersonen vorgeschlagen.

**Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 3</b>
---	------------------------------

**Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Herr Matthias Müller und Herr Gerd Bassing** stellen sich als Sprecher der neugegründeten Bürgerinitiative „Bürgerinitiative NATUerlich St.Leon-STOP! Umgehung“ vor. Er bezeichnet es als Anliegen der Initiative, die Natur an den Seen zu schützen. Die Initiative habe Fragen zu der für St. Leon vorgesehenen Umgehung, von der sie aus der Rhein-Neckar-Zeitung erfahren habe. Die vorgesehene Umgehungsstraße laut Gemeinderatssitzung vom 19.04.2011 durchschneide das zu schützende Naherholungsgebiet und bringe keine Entlastung. Die Initiative, die inzwischen 100 Mitglieder habe, sei überparteilich und neutral. Die Initiative suche das Gespräch und den Dialog, scheue sich aber auch nicht vor Konflikten.

**Herr Gerd Bassing** fragt, was die Umgehungsstraße eigentlich bewirken und verbessern soll. Er fragt, welche Trasse zuträfe, die im Flächennutzungsplan enthaltene oder die, die in den Generalverkehrsplans des Landes aufgenommen wird. Er fragt, was inzwischen entschieden ist. Weiter sei zu fragen, welche Linienführung sei vorgesehen, welche Umweltbedingungen sind bisher eingeflossen und gibt es Zuschüsse vom Land oder anderer Institutionen. Weiter stelle sich die Frage, wie die Planungen und die nächsten Schritte der Ge-

meinde aussehen. Nachdem die Bürgerinitiative die Informationen aus der Rhein-Neckar-Zeitung entnommen habe, sei zu fragen, wie die Gemeinde künftig zu informieren gedenke und die Bürger einbinden wolle. Er schlage vor, dazu eine Bürgerversammlung vorzusehen, in der alle ihre Überlegungen einbringen können und diese diskutiert werden können.

(Beifall der anwesenden Mitglieder der Bürgerinitiative)

**Bürgermeister Eger** weist darauf hin, dass Beifalls- oder Missfallensäußerungen in der Gemeinderatssitzung unterbleiben sollen.

Er begrüßt, dass sich die Bürgerinitiative vorstellt und bittet darum, dass Sprecher benannt werden, damit ein konkreter Ansprechpartner zur Verfügung steht. Dies sei bisher auch auf der Homepage nicht der Fall. Es sei zu ersehen, dass eine gewisse Sensibilisierung eingetreten ist und weitere Informationen auf einer Veranstaltung erfolgen sollten. Allerdings müsse der Aussage widersprochen werden, dass dies die erste Information der Öffentlichkeit ist, weil bereits in der Vergangenheit über die Rhein-Neckar-Zeitung sowie die Gemeindepresse informiert wurde. Er werde kurz auf die Äußerungen eingehen, jedoch mit Rücksicht auf die Gemeinderatssitzung vorschlagen im Übrigen auf ein mögliches gemeinsames Gespräch mit Vertretern der Initiative verweisen.

**Bürgermeister Eger** informiert, dass die Umgehungsstraße St. Leon seit der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes im Jahre 1999 diskutiert wird. Auch bei der Vorstellung der Verkehrsgutachten, die die Gemeinde in Auftrag gegeben hatte, wurde diese angesprochen, auch wenn der Schwerpunkt bei der Umgehung Rot gelegen habe. Im Flächennutzungsplan, der 2006 beschlossen wurde, sei eine Freihaltetrasse enthalten, wobei es sich um eine Absichtserklärung handle. Weil die geplante Umgehung St. Leon eine Landesstraße betreffe, müsse eine solche Maßnahme in den Landesgeneralverkehrsplan aufgenommen werden, der in regelmäßigen längeren Abschnitten fortgeschrieben wird. Weil der Generalverkehrsplan derzeit fortgeschrieben wird, ist einer Aufnahme der Maßnahme darin notwendig, um überhaupt die Chance der Realisierung zu erreichen. Der Generalverkehrsplan sei beschlossen, allerdings werden die konkreten Projekte noch in einem Maßnahmenplan beigefügt, der wegen der Landtagswahl noch nicht erstellt worden ist. Darüber sei der Gemeinderat informiert worden und auch über die Möglichkeit, dass die Straße als Gemeindestraße erstellt werden kann. Hintergrund sei, dass derzeit noch Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz in Höhe von 75% zufließen können, was allerdings wegen einer Gesetzesänderung nur noch bis zum Jahr 2019 möglich ist. Es handle sich dabei um Überlegungen, konkrete Entscheidungen seien noch nicht gefallen. Über diese erste Information hinaus sei es sicher sinnvoll, die Initiative detaillierter zu informieren.

**Herr Gerd Bassing** geht darauf ein, dass inzwischen Sprecher der Initiative gewählt und in den Internetseiten aufgenommen wurden. Er spricht die Verkehrszählung an, über die seiner Meinung nach gesprochen werden müsse, weil diese wohl punktuell und nicht als häufigere Zählung mit Umfrage erfolgt ist. Darüber müsse genauso gesprochen werden, wie über die Umweltbedingungen. Da es viele solcher Punkte gebe, schlage die Initiative vor, mit der Gemeinde ins Gespräch zu kommen. Bei den Gesprächen können auch die Befürworter der Umgehung zu Wort kommen, so dass ein faires Verfahren entstehe.

**Bürgermeister Eger** dankt für die Vorstellung und weist darauf hin, dass das Thema Umgehungsstraße aufgegriffen wurde, weil im Bereich Kronauer/Marktstraße eine Verkehrsbelastung von 17.000 bis 18.000 Fahrzeugen pro Tag bestehe, was der im Ortsteil Rot vor dem Bau der Umgehungsstraße vorhandenen Belastung entspricht. Verständlich sei, dass die Anwohner, die am nächsten zu den vorgesehenen Varianten wohnen, die Maßnahme besonders kritisch betrachten und ihre Sicht der Dinge einbringen wollen.

**Herr Gerd Bassing** weist darauf hin, dass die Mitglieder der Initiative breit gefächert und nicht nur aus dem direkt dort liegenden Gebiet stammen. Dort sei der Verkehrslärm in den letzten 20 bis 30 Jahren stark angestiegen, was sich vor allem bei Ostwind von der Autobahn her auswirkt.

**Bürgermeister Eger** informiert zum Verkehrslärm, dass sich die Gemeinde darum kümmere und schon Gespräche mit den Vertretern der Verkehrsministerien und des Regierungspräsidiums geführt habe. Die Gemeinde sei an diesem Thema dran und kümmere sich in regelmäßigen Abständen darum.

**Herr Gerd Bassing** meint, dass für die Umgehungsstraße St. Leon vorgesehenen Mittel bei der Verkehrsberuhigung der Autobahn als lohnendes und machbares Ziel gut angelegt wären.

Auf Nachfrage von **Bürgermeister Eger** werden die Herren Matthias Müller und Gerd Bassing als Ansprechpartner benannt.

**Frau Hauke Köhler**, Hauptstraße 95, erklärt, dass die Verkehrsbelastung auf der Hauptstraße trotz der vorhandenen Umgehungsstraße heute noch genauso hoch sei, wie die für den Ortsteil St. Leon festgestellte. Die von den Kraftfahrzeugen ausgehenden Belastungen seien furchtbar. Sie bittet darum, sich auch um den Ortsteil Rot zu kümmern. Die vorgesehene Umfahrung des Schuhhauses Back ändere die Belastung nicht, die immer noch 16.000 Fahrzeuge pro Tag betragen.

**Bürgermeister Eger** verweist darauf, dass das Thema beim Tagesordnungspunkt Rahmenplanung für die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Rot angesprochen werde. Allerdings seien die genannten Zahlen dahingehend zu korrigieren, dass durch Zählung nachgewiesen wurde, die Belastung derzeit rund 11.000 Fahrzeuge pro Tag betrage. Dies entspreche den Prognosen, die für die gewählte Trasse der Umgehungsstraße Rot vorhergesagt worden war. Außerdem sei festzuhalten, dass die Hauptstraße als Hauptverkehrsachse nie völlig ruhig werden wird. Die Gemeinde werde versuchen, dies weiter zu reduzieren, werde aber nicht den Stand einer Anwohnerstraße erreichen.

**Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö**  
**Übergabe der Preise für vorbildliche Jugendarbeit**

**Tagesordnungspunkt: 4**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Eger** geht in seinen Ausführungen darauf ein, dass der zu vergebende Preis bereits fünf Jahre bestehe. Er begrüßt die anwesenden Vertreter der Preisträger und die Mitglieder des Kuratoriums, die dem Gemeinderat einen Vorschlag zur Vergabe des Preises unterbreiten. Danach erhalten für 2010 die Musikvereine einen Preis von insgesamt 1.500 €, der VfB St. Leon in Höhe von 1.500 €, sowie die AWO einen Preis von 700 €. Diese Preise werden den Preisträgern auf die Konten überwiesen. Er stellt kurz die realisierten Projekte der Preisträger vor. Es gehe dabei um die Vorbeugung gegen Sucht- und Drogengefahren. Wobei nicht die reguläre Jugendarbeit, sondern darüber hinaus gehende honoriert werden soll.

**Bürgermeister Eger** dankt den anwesenden Vertretern der Preisträger und überreicht an die anwesenden Mitglieder des Kuratoriums ein Spargelpräsent für ihre ehrenamtlich geleistete Arbeit.

Vor Behandlung des nächsten Tagesordnungspunktes meldet sich **Gemeinderat Michael Herling** zu Wort. Der Beitrag wird gemäß § 31 Abs.3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut in die Niederschrift aufgenommen.

„Herr Bürgermeister Eger, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Vorlage unter Punkt 4 steht: Mit der Vergabe der Preisgelder wird die Anerkennung zum Ausdruck gebracht, dass sich die Vereine auf dem Gebiet der Drogenprävention in der Jugendarbeit engagiert haben. Das ist falsch. Die Vereine haben sich auf dem Gebiet der Suchtprävention in der Jugendarbeit engagiert. Der Überbegriff Suchtprävention beinhaltet die einzelnen Sparten: Tabak, Alkohol, Medikamente und Drogen. Uns ist es wichtig hier für Klarheit und Transparenz zu sorgen, damit andere Vereine und Organisationen wissen, um was es bei dem Preis für vorbildliche Jugendarbeit geht. Damit man sie animieren kann, sich auch auf dem Gebiet der Suchtprävention zu engagieren.“

Dann möchte ich noch kurz auf die Berichterstattung vom Freitag, den 13.Mai, eingehen. Auch hier unter dem Tagesordnungspunkt 4: Vergabe des Preises für vorbildliche Jugendarbeit. Hier steht: Gemeinderat Michael Herling also ich, monierte, dass er als Mitglied des Arbeitskreises in der letzten Sitzung nicht eingeladen wurde. Gut, das stimmt. Aber vielmehr habe ich mich darüber geärgert, dass man mir nicht mitgeteilt hat, warum man mich als Mitglied des Kuratoriums nicht eingeladen hat. Natürlich kann ich verstehen, dass man geteilter Meinung sein kann, dass ein Kuratoriumsmitglied gleichzeitig Vorstand und Antragsteller eines Vereins ist, aber ich kann nicht nachvollziehen, dass man mich als Kuratoriumsmitglied streicht und meinen Kollegen Heger reinsetzt, der ebenfalls Vorstand und Antragsteller eines Vereins ist. Und damit sie das dieses Mal nicht wieder mit so einem kleinen Satz erwähnen, Antrag auf Wortlautprotokoll! Dankeschön!“

**Bürgermeister Eger** bestätigt, dass der Sachverhalt zustimmend dargestellt worden ist. Man hätte damals den nicht befangenen Vertreter der Fraktion einladen sollen, wofür man sich entschuldigt habe.

Auch er habe bei der Vergabe des Preises für die Suchtprävention auf den dargestellten Sachverhalt verwiesen und dies entsprechend betont.

**Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö**

**Tagesordnungspunkt: 5**

**Fortschreibung des Bedarfsplans Kinderbetreuung für 2011/12 und Erhöhung der Stellenschlüssel in den Kindergärten aufgrund der Neufassung des KiTaG und der KiTaVO**

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Eger** geht in seinen einführenden Worten darauf ein, dass der Beschluss ergänzt werden musste, weil der mit der Vorlage versandte nicht dem im Kindergartenkuratorium beschlossenen entspricht.

**Frau Anette Reich** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und weist dabei auf den Inhalt des geänderten Gemeinderatsbeschlusses hin. Sie unterstreicht den Sachvortrag mit dem Bedarfsplan für das Kindergartenjahr 2011/2012. Sie stellt die Ausgaben der Gemeinde im Verhältnis zur Höhe der Erstattung des Landes und dem verbleibenden Defizit bei der Gemeinde anhand eines Diagrammes dar. Danach haben sich die Ausgaben der Gemeinde von 761.000 € im Jahre 2000 auf rund 2,7 Millionen Euro im Jahre 2010 erhöht. Das Diagramm ist dem Protokoll als Anlage beigefügt. Dieser Entwicklung sei die Erstattung des Landes auch nach Änderung im Jahre 2004 nicht gefolgt. Vor 2004 habe es keine Refinanzierung des Landes gegeben.

**Bürgermeister Eger** weist darauf hin, dass die Aufstellung klar zeige, dass die Leistungen des Landes den Aufwendungen der Gemeinden nicht folgen, obwohl diese die gesetzlichen Vorgaben umzusetzen haben. Diese Aufstellung zeige, dass auch in Baden-Württemberg wie in Nordrhein-Westfalen das Konnexitätsprinzip verletzt werde. Es sei bedauerlich festzustellen, dass der Gemeindetag Baden-Württemberg vor der Wahl ein Stillhalteabkommen eingegangen ist und nicht auf dieses Missverhältnis hingewiesen habe. Festzuhalten sei, dass St. Leon-Rot hinsichtlich der personellen Ausstattung in den Gruppen mit den Trägern vereinbart habe, den Caritas-Standard anzusetzen. Wobei vereinbart sei, dass dieser nicht durch gesetzliche Vorgaben aufgezehrt werden dürfe. Grund dafür sei, dass die Arbeitsbelastung des Erziehungspersonals durch die Vorgaben des Orientierungsplanes gerade im Verwaltungsbereich massiv angestiegen ist.

**Frau Anette Reich** informiert zur weiteren Entwicklung, dass die Ausgaben für 2010 um 100.000 € höher liegen als dargestellt. Die Entwicklung werde eine weitere Gruppe im Kindergarten St. Raphael umfassen sowie Anpassungen im Bereich der Ganztagesbetreuung in den Kindergärten, die auf Grund der Frage not-

wendig werden, was zu weiteren Erhöhungen der Ausgaben führen wird.

**Bürgermeister Eger** ergänzt, dass die gesetzlich vorgegebene Ganztagsbetreuung im Kleinkindbereich zwangsläufig dazu führen werde, dass das gleiche Angebot im Kindergarten und im Schulbereich bis zumindest 12 Jahren angeboten werden muss. Dies ergebe sich aus der Berufstätigkeit der Eltern, die wegen des Übergangs des Kindes in den Kindergarten ihren Beruf nicht deswegen aufgeben werden, weil der gesetzlich geforderte Ganztagesanspruch nicht mehr gegeben ist. Es sei hinsichtlich der Ausgaben nicht nur negativ, sondern positiv als Standortfaktor für die Gemeinde. Durch das Angebot werden auch jährlich wiederkehrend erhebliche Haushaltsmittel gebunden.

In den Stellungnahmen der Fraktionen stimmen die **Gemeinderäte Siegfried Köck, Achim Schell, Birgit Klemenz, Rudi Heger und Andrea Heim** der ergänzten Beschlussvorlage zu. Sie weisen in ihren Stellungnahmen auf den zunehmenden Bedarf für verlängerte Öffnungszeiten und den auf Grund des Orientierungsplans erhöhten Personalschlüssel hin. Das gute Angebot in der Gemeinde wird betont und damit auch der Dank dafür verbunden, dass die katholischen Kirchengemeinden dazu beitragen, den Bedarf zu decken. Es wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinde noch den finanziellen Spielraum habe, das Angebot nach Bedarfsplan zu finanzieren. Es wird in verschiedenen Stellungnahmen auf die Frage eingegangen, ob die Gemeinde das Angebot des Trägers „Family&Kids@work“ ebenfalls bezuschussen müsse.

In ihren Antworten erklären **Bürgermeister Eger und Frau Anette Reich**, dass nach Meinung der Verwaltung das Konnexitätsprinzip verletzt sei, weil das Land nur einen geringen Anteil der Kosten für die Kinderbetreuung an die Gemeinden erstatte, obwohl ein gesetzlicher Anspruch geschaffen wurde. Auf Grund der wenig transparenten Abrechnung der Zuschüsse des Landes könne eine direkte Zuordnung nicht nachvollzogen werden. Bei dem genannten Träger entstehe das Defizit wegen der nicht stichtagsgerechten Inbetriebnahme des Angebots. Die entstehenden Mehrkosten müsse die Gemeinde ersetzen, wobei zeitversetzt eine Erstattung des Landes von zwei Dritteln erfolge. Ein Drittel verbleibe jedoch bei der Gemeinde. Hinsichtlich der auswärtigen Kinder in der Einrichtung können die anfallenden Kosten über den interkommunalen Kostenausgleich von den Wohnsitzgemeinden zurückgefordert werden, was auch erfolge.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

1. **Der Bedarfsplan 201/12 für die Kinderbetreuung wird in der beiliegenden Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses. Die für 2011 benötigten Haushaltsmittel in Höhe von 87.000 € werden bei HHSt. 1.4760.717000 überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung ist durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zu gewährleisten.**
2. **Die Gemeinde bezuschusst den Kindergartenträgern für ihre Kindergarten- und altersgemischten Gruppen laut Bedarfsplan die stufenweise Erhöhung der Stellenschlüssel zur Umsetzung von § 1 Abs. 3 KiTaVO. Die für 2011 benötigten Haushaltsmittel in Höhe von 89.000 € werden bei HHSt. 1.4760.717000 überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung ist durch die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage zu gewährleisten.**

**Bürgermeister Eger** dankt anschließend den Trägern der Kindergärten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und erklärt, dass sich alle Anwesenden im Gemeinderat dem Dank anschließen.

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 6</b>
<b>S-Bahn Rhein-Neckar, 2. Baustufe; Ausbau des Bahnhofes Rot/Malsch</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Eger** weist darauf hin, dass dieser Punkt bereits auf der Tagesordnung des Gemeinderates stand. Wegen sich ändernder Zahlen hatte nochmals Beratungsbedarf bestanden, der in die heutige Vorlage gemündet ist. Er begrüßt Herrn Peter Keller, Amtsleiter des Amtes für Naherholung und Wirtschaftsförderung des Rhein-Neckar-Kreises, sowie die Herren Zwicker und Günnes, Deutsche Bahn. Er erteilt Herrn Zwicker das Wort, die Maßnahme vorzustellen.

**Herr Frank Zwicker**, Projektleiter S-Bahn 2. Ausbaustufe, geht anhand von Folien auf Geschichte und Umfang des S-Bahn-Ausbaus im Bereich Heidelberg-Bruchsal ein. Die Folien sind dem Protokoll beigefügt.

**Herr Zwicker** weist in seinen Ausführungen auf den Grund hin, die Vorzugsvariante zu wählen. Dies sei damit zu begründen, dass der Boden in südlicher Richtung wegen organischer Einschlüsse nicht tragfähig sei und Bodenaustausch in einer Höhe von 4 Metern erforderlich werde, was die Maßnahme wesentlich verteuern werde. Die Vorzugsvariante umfasse die Verlängerung des sogenannten Hausbahnsteigs Richtung Norden, der Mittelbahnsteig werde Richtung Süden erweitert.

Er geht weiter auf die Finanzierung der Maßnahme ein, an der sowohl der Bund wie auch das Land Anteile von 80 % bzw. 20 % tragen. Der Restaufwand stelle den kommunalen Anteil dar, der bei der konkreten Baumaßnahme rund 1,2 Millionen Euro betrage, von denen der Kreis 50% übernehme. Der Rest des Betrages werde auf die beteiligten Gemeinden umgelegt, wobei die Lage der Gemeinde zum Bahnhof bzw. der Einwohneranteil zugrunde gelegt werde.

Der Terminplan sehe vor, alle Stationen des Bauabschnittes bis spätestens zum Dezember 2015 umzubauen.

**Bürgermeister Eger** informiert, dass wegen der mit dem vorgesehenen Bodenaustausch verbundenen Kosten zusätzlicher Gesprächsbedarf zwischen den beteiligten Gemeinden bestanden hat. In einer weiteren Besprechung sei es auch darum gegangen, die Planung zu verbessern, was dazu geführt habe, einen Bahnsteig Richtung Norden, den anderen Richtung Süden zu verlängern. Dadurch sei Bodenaustausch vermieden wor-

den, was zu Kostenminderungen beim Kommunalanteil in Höhe von 166.000 € geführt hat. Auch sei eine Lösung gefunden worden, bei der sich auch noch die anderen Gemeinden solidarisch beteiligt haben.

**Herr Peter Keller**, Amtsleiter Rhein-Neckar-Kreis, weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass alle beteiligten Gemeinden der Maßnahme zustimmen müssen. Weiter sei das Solidaritätsmodell erforderlich, nach dem sich die beteiligten Kommunen anteilig nach dem vereinbarten Schlüssel beteiligen. Für die Stationen Sandhausen/St. Ilgen bzw. Rot/Malsch habe der Kommunalanteil der Vorstudie rund 750.000 € betragen und liege jetzt bei rund 1,2 Millionen Euro. In dem bereits vom Bürgermeister Eger genannten Gespräch sei erreicht worden, dass die Mehrkosten teils von den betroffenen Gemeinden, teils von der Solidargemeinschaft getragen werden.

**Bürgermeister Eger** weist darauf hin, dass die anderen Gemeinden schon die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben und schlägt vor, dass auch der hiesige Gemeinderat zustimme. Die neue Berechnung ist der Vorlage als Anlage 5 beigelegt. Außerdem enthalte der Beschlussvorschlag den Wunsch, dass auf Bahnsteig 1 ein zusätzlicher Fahrkartenautomat aufzustellen ist.

**Herr Zwicker** weist darauf hin, dass hinsichtlich des Bahnsteigs gewünschte bauliche Änderungen sehr hohe Kosten nach sich ziehen. Nur dadurch können die Verhältnisse im Bereich des Treppenaufgangs verbessert werden. Richtung Ostseite begrenze das Rampenbauwerk die Entwicklungsmöglichkeiten.

**Gemeinderätin Anneliese Runde, Gemeinderat Walter Götzmann, Gemeinderat Dr. Paul Hanke, Gemeinderat Rudi Heger und Gemeinderätin Andrea Heim** stimmen für ihre Fraktionen dem Beschlussvorschlag zu. Der Erfolg der S-Bahn wird begrüßt genauso, dass Abhilfe wegen der überfüllten Züge geschaffen wird. Nicht nachvollziehbar sei die Kostensteigerung, so dass man vermuten müsse, dass nie ein Fachmann vor Ort war. Weiter wird auf den akzeptablen Verteilerschlüssel eingegangen und gehofft, dass keine weiteren Kostenüberraschungen folgen. Der Zustand am Bahnhof Rot/Malsch hinsichtlich Verschmutzung und defektem Fahrkartenautomaten wird angesprochen und gefordert, dass dem nachgegangen wird sowie die Taktfrequenz in Pendlerzeiten erhöht werde. Es wird gefordert, die Bahnsteige zu modernisieren und zu vermeiden, dass alle Fahrgäste in eine Richtung auf die neuen Bahnsteige gehen müssen, was wegen der kurzen Übergangszeiten problematisch ist. Auf jeden Fall wird gefordert, dass ein zweiter Fahrkartenautomat auf Gleis 1 installiert wird.

Auf Einwendungen von **Gemeinderat Dr. Paul Hanke** antwortet **Herr Zwicker** mit dem Hinweis, dass am Bahnhof Wiesloch/Walldorf Bestandschutz gegeben sei. Eine Änderung bringe am Bahnhof Rot/Malsch sehr hohe Folgekosten für die Verlegung der Gleise, der Oberleitungen etc. mit sich. Es sei im Interesse der Kommunen, die Kosten zu beschränken.

Auf Hinweis von **Gemeinderat Dr. Paul Hanke** bezüglich des Bahnhofes Wiesloch/Walldorf informiert **Herr Zwicker**, dass dort nur eine Engstelle bestehe, die nach den Vorgaben noch akzeptabel ist.

**Herr Peter Keller**, Rhein-Neckar-Kreis, geht in seinen Ausführungen zunächst auf die Taktverdichtung ein und erklärt, dass die zu fahrenden Verbindungen vom Land bestellt und bezahlt werden. Wenn das Land sich für den Ausbau der Bahnhöfe entschieden habe, könne man davon ausgehen, dass dies gegenüber einer Taktverdichtung die kostengünstigere Variante sei. Bei der Tariffage stehen sich der Zweckverband Verkehr Rhein-Neckar, der die Fahrpläne gestalte, und die Unternehmensgesellschaft Rhein-Neckar (URN) gegenüber, bei der die Tarifzuständigkeit liege. Werde eine Tarifverknüpfung gefordert, müssten die ausfallenden Einnahmen ersetzt werden. Nach Erhebungen sei festgestellt worden, dass diese Tarifsgebietsverknüpfung im Bereich Heidelberg und Karlsruhe Einnahmeausfälle in Höhe von über einer Million Euro verursachen würde. Diese Prüfung habe bei allen Übergangstarifen stattgefunden, wobei das Land die früheren Tarifverknüpfungen mit 50 % bezuschusse, inzwischen wegen einer Zuschussumstellung jedoch den vorgesehenen Tarifverbund ablehne. Die Gemeinschaft sei damals einfach zu spät gewesen.

**Bürgermeister Eger** informiert zur angesprochenen Taktverdichtung der Linie 719, die in einem Gespräch mit dem Träger auf den Weg gebracht wurde. Es sei ein Vertrag abzuschließen, der mit Unterstützung des Landkreises geprüft werden soll. All dies führe dazu, dass die Verdichtung erst zum Dezember 2011 erfolgen könne.

**Dr. Paul Hanke** fragt, ob die Mehrkosten ihre Ursachen im Untergrund des Erweiterungsbereiches haben und er vermutet, dass die Kosten auf Kreis und Kommune abgewälzt werden, während Züge mit Bedienpersonal von der Bahn zu zahlen sind. Er bezweifelt, dass eine Tarifüberlappung die genannten Ausfallbeträge verursache. Er begründet dies damit, dass die Betroffenen in den Stationen des Nachbartarifvertrages einsteigen.

**Herr Zwicker** weist in seiner Antwort darauf hin, dass eine Änderung der Bahnsteige massive Kostenerhöhungen mit sich brächten.

**Gemeinderat Roland Hecker** fragt, ob die bei der Kostenverteilung genannten rund 160.000€ als Anteil der Gemeinde oberstes Limit darstellen.

**Herr Peter Keller**, Rhein-Neckar-Kreis, erklärt, dass dieser Betrag nach dem jetzigen Zeitpunkt zutreffe, für die Zukunft jedoch keine Aussagen zu treffen sind.

**Bürgermeister Eger** ergänzt, dass bei der Vorstudie keine Planungskosten ermittelt wurden, sondern lediglich Massen festgestellt und mit Katalogpreisen berechnet wurden.

**Gemeinderat Ferdinand Speckert** vermisst bei der Bahn die Kundennähe, weil durch die Verlängerung der Bahnsteige die Nutzer längere Wege haben werden. Er spricht die Einwendungen von Gemeinderat Dr. Hanke an, die mit dem lapidaren Hinweis auf Bestandschutz weggewischt worden sind, was nicht akzeptabel ist.

Er fordert, dass die vorgesehene Planung sich besser an den Wünschen und Anforderungen der Nutzer orientiert.

**Herr Frank Zwicker**, Deutsche Bahn, weist darauf hin, dass eine andere Verbesserung am Mittelbahnsteig geprüft wurde, mit dem Ergebnis, dass nur eine Verlängerung Richtung Süden möglich ist, weil alles andere zu wesentlich höheren Kosten geführt hätte.

**Herr Günnes**, Deutsche Bahn, weist darauf hin, dass gewisse Mindestabstände gewahrt werden müssen unter dem Aspekt, dass alle drei Bahnsteigkanten genutzt werden sollen. Wegen dieses fehlenden Mindestabstandes ist eine Verlängerung am Mittelbahnsteig Richtung Norden nicht möglich. Dies könne nur erfolgen, wenn Gleis 3 verlegt werde, was zu hohen Sprungkosten führen werde.

**Herr Zwicker**, Deutsche Bahn, ergänzt, dass dann die Rampe 3, die erst 2005 erstellt wurde, abgerissen werden müsse.

Sowohl **Herr Zwicker wie auch Herr Günnes** weisen darauf hin, dass eine Verlängerung Richtung Norden auf Grund der fehlenden Breite im Treppenaufgangsbereich nicht möglich wird, ohne Unfallgefahren zu schaffen.

Abschließend weist **Bürgermeister Eger** darauf hin, dass durch die vorgesehenen Änderungen und die Beteiligung der Solidargemeinschaft Kosten erspart wurden. Er dankt den an der Solidargemeinschaft beteiligten Gemeinden für den erzielten Kompromiss.

**Bürgermeister Eger** stellt den in der Vorlage enthaltenen ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

**Der Gemeinderat fasst mit 19 Ja-Stimmen, bei 2 Gegenstimmen, folgenden Beschluss:**

**Die Gemeinde St. Leon-Rot stimmt den Vorplanungen 2011 zur Verlängerung des Bahnsteigs 1 (Hausbahnsteig) in Richtung Heidelberg und des Bahnsteiges 2 in Richtung Bruchsal zu. Die erforderlichen Mittel, nach gegenwärtigem Stand 157.800 €, werden in den kommenden Haushalten bereitgestellt.**

**Zusätzlich ist am Bahnsteig 1 ein Fahrkartenautomat aufzustellen.**

**Bürgermeister Eger** dankt den Vertretern des Rhein-Neckar-Kreises bzw. der Deutschen Bahn für ihre Anwesenheit und die Informationen.

**Bürgermeister Eger** geht auf die Tagesordnung ein, deren Reihenfolge von der zeitlichen Priorität der einzelnen Themen aufgestellt wurde. Bei der Kindergartenplanung habe der neue Personalschlüssel umgesetzt werden müssen, weil Arbeitsverträge abzuschließen sind. Beim gerade abgehandelten Tagesordnungspunkt müsse der VRN in seiner nächsten Sitzung zustimmen.

Trotz des Wunsches des Gemeinderates, Sitzungen um 22.00 Uhr zu beenden, stehen noch weitere Punkte an, für die terminliche zwangsgebundene Regelbindungsfristen bestehen. Deshalb werde die Vergabe der Tagesordnungspunkte 8 bis 10 in der heutigen Sitzung notwendig. Er fragt, ob diese 3 Punkte beschlossen werden können.

Mit der Bitte um Verständnis führt er aus, dass danach überlegt werden sollte, den Tagesordnungspunkt 7 bezüglich der Ortsdurchfahrt Rot nicht zu behandeln, obwohl einige Anwesende speziell darauf warten. Er wolle vermeiden, dass der Punkt bei seiner Beratung unterbrochen werden müsse. Dazu sei der Punkt zu wichtig.

**Der Gemeinderat ist mit dem Vorschlag, die Tagesordnungspunkte 8 bis 10 vorzuziehen und zu entscheiden, einstimmig einverstanden.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 7</b>
<b>Rahmenplanung für die Umgestaltung der OD Rot</b>	
<b>hier: Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzung und weitere Vorgehensweise</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Auf Beschluss des Gemeinderates wurde dieser Tagesordnungspunkt vertagt.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 8</b>
<b>Deckensanierung 2011 hier: Auftragsvergabe</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bauamtsleiter Kleiber** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Sprecherinnen bzw. Sprecher aller Fraktionen** erklären die Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Die in den Stellungnahmen geäußerten Fragen werden ausreichend beantwortet.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Die Verwaltung und die Betriebsleitung des EB Wasserversorgung werden ermächtigt, die Aufträge zur Deckensanierung, zur Sanierung des Vorplatzes beim Jugendzentrum und zum Austausch von Wasserleitungen, Schiebern und Hydranten mit einer vorläufigen Gesamtauftragssumme von 415.198,98 € an die Firma Eurovia Teerbau GmbH aus Ludwigshafen zu vergeben.**

**Die überplanmäßigen Mittel in Höhe von 17.500 € beim EB Wasserversorgung werden ebenfalls bewilligt.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 9</b>
<b>Harres Verpachtungsbetrieb 2011,</b>	
<b>Dachrinnenaustausch in der Passage, Auftragsvergabe</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Ortsbaumeister Dietz** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderätin Beate Rössler** sieht den Rinnenaustausch wegen der Unfallgefahren in der Passage als notwendig an und stimmt für ihre Fraktion zu.

**Gemeinderat Gerhard Haffner** erinnert daran, dass vor 2 Jahren bereits Arbeiten an der Überdachung der Passage erfolgt sind.

**Ortsbaumeister Dietz** erklärt, dass dies nur den Tausch von Gläsern betroffen habe, die Rinnen nicht eingeschlossen waren.

Der Beitrag von Gemeinderat Ferdinand Speckert wird nach § 31 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates im Wortlaut in das Protokoll aufgenommen.

„Ja, in Anlehnung an die Frage von Gerhard Haffner wollte ich doch mal zu Wortlautprotokoll geben. Ich wollte wissen die Sanierungsaufwendungen für den Harres der letzten 6 Jahre, können Sie jetzt im Augenblick nicht ad hoc beantworten, Herr Dietz, keine Frage, aber bitte bei nächster Gelegenheit Information an den gesamten Gemeinderat. Also mir geht es jetzt da nicht um ein paar Euro hin oder her. Einfach dass man die Hausnummer wissen. Danke!“

**Bürgermeister Eger** erklärt, dass die Aufwendungen erheblich waren.

**Gemeinderätin Anneliese Runde** bedauert, dass nur eine Firma ein Angebot abgegeben hat, weil diese aber der Verwaltung bekannt sei, könne für ihre Fraktion der Vergabe zustimmen.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zum Dachrinnenaustausch in der Passage des Harres zu einer vorläufigen Auftragssumme von 123.583,48 € an die Firma Alustar aus Grabfeld-Rentwertshausen zu erteilen.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 10</b>
<b>Kanalreinigung und TV-Befahrung der Ortskanalisation 2011 und 2012</b>	
<b>hier: Auftragsvergabe</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bauamtsleiter Kleiber** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und ergänzt, dass die Befahrung 9 km, die Kanalreinigung 70 km Kanal umfasse.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Die Verwaltung wird ermächtigt den Auftrag für die Kanalreinigung und TV-Befahrung 2011 und 2012 an die günstigste Bieterin, Fa. Kanalreinigung Ried aus Stockstadt, zu vergeben. Die vorläufige Auftragssumme beträgt 113.746,15 €.**

**Bürgermeister Eger** bittet darum, Tagesordnungspunkt 14 noch zu behandeln, weil die Kletterwand beim Schulfest am kommenden Wochenende eingeweiht werden soll. Zuvor will der Förderverein die Kletterwand ordnungsgemäß der Gemeinde übergeben.

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 11</b>
<b>Entwässerung und Sanierung der Straße „Am Bahnhof“</b>	
<b>Fortschreibung der Planung</b>	
<b>hier: Freigabe der Ausschreibung</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Auf Beschluss des Gemeinderates wurde dieser Tagesordnungspunkt vertagt.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 12</b>
<b>Beratung ggf. Änderung der Vereinsförderrichtlinien der Gemeinde St. Leon-Rot</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Auf Beschluss des Gemeinderates wurde dieser Tagesordnungspunkt vertagt.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 13</b>
<b>Antrag des VfB auf Baukostenzuschuss für Mehrzweckgebäude</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Auf Beschluss des Gemeinderates wurde dieser Tagesordnungspunkt vertagt.**

<b>Sitzung am: Dienstag, 24. Mai 2011 Nr. 5 Ö</b>	<b>Tagesordnungspunkt: 14</b>
<b>Genehmigung von Spenden für Gemeindeeinrichtungen</b>	

**Ausführungen und Beschluss:**

**Bürgermeister Eger** hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

**Gemeinderat Karl Ittensohn** erinnert an die lange Diskussion hinsichtlich der Kletterwand und hofft, dass das vorgesehene pädagogische Konzept umgesetzt wird. Er hofft, dass das im Vorfeld gezeigte Engagement auch nach der Einweihung fortgeführt wird. Er fragt, ob die Spende über ca. 15.000 € an die Gemeinde rechters ist, obwohl ein anteiliger Betrag von der Hopp-Stiftung beigesteuert wurde.

**Bürgermeister Eger** erklärt, dass die Richtigkeit vom Finanzamt bestätigt wurde.

**Kämmereileiter Zorn** bestätigt die Aussage des Finanzamtes.

**Gemeinderätin Beate Rössler** weist darauf hin, dass die Absicherung gegen das Hochsteigen nicht vollständig erfolgt ist.

**Gemeinderat Theo Vetter** informiert, dass das vor der Kletterwand hängende Netz ins Spielfeld hinein hänge. Er bittet um Abhilfe.

**Bürgermeister Eger** sagt zu, dass die Verwaltung sich kümmern wird.

**Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:**

**Der Gemeinderat genehmigt die Annahme der Spende laut nachfolgender Aufstellung und gibt die Verwendung für die genannten Zwecke frei:**

<i>Datum</i>	<i>Spender</i>	<i>Betrag</i>	<i>Empfänger</i>	<i>Verwendungszweck</i>
05.05.2011	Förderverein Park- ringschule	15.393,36 €	Gemeinde St. Leon-Rot	Förderung Parkring- schule durch Übertrag Kletterwand an Ge- meinde

**Bürgermeister Eger** stellt die Frage, den Tagesordnungspunkt 7 noch zu behandeln, zur Abstimmung.

Er weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung keine formale Regelung zum Ende einer Sitzung enthalte.

**Bürgermeister Eger** stellt die Frage zur Abstimmung, die restlichen Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung zu vertagen.

**Der Gemeinderat stimmt dem Beschlussvorschlag mit 18 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, zu.**

**Bürgermeister Eger** fragt, ob ein in der nichtöffentlichen Sitzung enthaltener Punkt ohne Erläuterungen beschlossen werden kann. Weil dies verneint wird, fragt er, ob sich die nichtöffentliche Sitzung anschließen kann.

**Der Gemeinderat ist damit einverstanden.**

**Bürgermeister Eger** schließt die öffentliche Sitzung.

-/-